

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe juni 2010**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Katja v. Maur, Peter Paw-  
lowski, Christian Platzer,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Hartmut Bade, Mirco Dra-  
gowski, Wolf Klinz

**Leserbriefe**

Hartmut Bade, Peter Lund-  
kowski, Martin Reeckmann

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe juni 2010**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

unser Bundespräsident Horst Köhler ist zurückgetreten, weil er sich Anwürfe von Grünen und Linken ohne Kinderstube nicht länger anhören wollte. Mag man von dem Rücktritt halten, was man will, die Spitzen der Koalitionsparteien haben sich schnell auf Christian „Kein-Klassenzimmer-ohne-Kreuz“ Wulff festgelegt, und die Opposition hat als Wettbewerber Joachim Gauck nominiert, prinzipienfester Stasi-Aufklärer, Träger der Theodor-Heuss-Medaille und des Thomas-Dehler-Preises. Verstehen kann man ein Votum von Liberalen für Herrn Wulff dann, wenn Frau Merkel gleichzeitig klare Zusagen zu den bitter nötigen (und im Koalitionsvertrag vereinbarten) radikalen Strukturvereinfachungs-Reformen bezüglich unserer politischen Ökonomie gibt.

Der „Neustart“ der Koalition auf Bundesebene ist Gegenstand zahlreicher Sitzungen und Tagungen im Laufe des Monats Juni. Nachdem es mittlerweile als Konsens gelten kann, dass das Verschieben alles Reformhandelns auf nach-der-NRW-Wahl ein schwerer Fehler war, darf man da ein gewisses Maß an Zuversicht haben, dass die Akteure aus dem identifizierten Fehler lernen. Erste Anzeichen über die Ergebnisse des frühsummerlichen Sitzungsmarathons stimmen durchaus hoffnungsfroh, auch wenn man in der Schicksalsfrage der Koalition, der Vereinfachung des Einkommensteuerrechts, weiter auf Fortschritte wartet.

Besondere Bedeutung hat das Erscheinungsbild der Bundeskoalition für uns Berliner, wo im kommenden Jahr die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen ansteht. Scharfer Gegenwind von der Bundesebene könnte den Plan einer besseren Regierung für Berlin zunichtemachen, dem laufenden vorbildlich umfassenden Prozess zur Entwicklung unseres Wahlprogrammes (Dank an den Verbands- und Fraktionschef Christoph Meyer) und der guten Arbeit unserer Fraktion im AGH (nicht zuletzt durch unseren Abgeordneten aus Mitte, Henner Schmidt) und unserer BVV-Fraktionen zum Trotz.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Es ist eine Hauptaufgabe des Wettbewerbs  
zu zeigen, welche Pläne falsch sind.

F. A. von Hayek

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Schonungslose Aussprache...

von Maren Jasper-Winter

...war Kerngegenstand des jüngsten Landesausschusses am vergangenen 1. Juni 2010. In der Diskussion, die eingeleitet wurde durch die Reden von Christoph Meyer, das Bundesvorstandsmitglied Alexander Pokorny und den Bundestagsabgeordneten Lars Lindemann wurde klar, dass die Basis höchst unzufrieden ist mit der Situation der FDP auf Bundesebene.



Dies mag zum einen daran liegen, dass der Koalitionsvertrag zwar auf dem Blatte steht, aber nicht gemeinsam in der Regierung gelebt wird. Christoph Meyer beschrieb, dieses Dilemma mit den Worten, dass sich „zwar gelbe und schwarze Handschrift im Vertrag sich finde“, aber keine gemeinsame Handschrift“. Stattdessen werde der Vertrag eigentlich permanent weiterverhandelt. Dies könne nicht so weitergehen, so die einhellige Meinung aller Anwesenden.

Es scheint so zu sein, dass die Regierung sich noch nicht so recht aneinander gewöhnt hat, wenn sich ein Koalitionspartner, die CSU, freut, ein Vorschlag des Gesundheitsministers, nämlich die Kopfpauschale „verhindert“ zu haben. Auch bei anderen Vorschlägen, wie der Steuerreform hat man den Eindruck, dass die Partner lieber gegeneinander als miteinander arbeiten. Für die CDU/CSU scheint es schwer begreiflich, dass sie nun mit einer echten Reformpartei zusammenarbeiten muss – ganz anders als in der gemütlichen Großen Koalition.

Aber auch die Bundes-FDP hat sich noch nicht darauf eingestellt, dass Regieren nicht nur heißt, stur, komme was wolle, an bestimmten Themen festzuhalten. Eine Senkung der Steuersätze ist angesichts der Stimmung im Lande und der wirtschaftlichen Probleme einfach nicht vermittelbar. Viel zu lange wurde hierauf beharrt.

Der FDP fehlte an diesem Punkt die notwendige Flexibilität und auch das Einfühlungsvermögen in die Ängste der Bevölkerung. Eine Vereinfachung des Steuersystems hingegen leuchtet jedem Bürger sofort ein. Flexibilität droht ver-

wechselt zu werden mit „Umfallen“, dem Trauma, das die FDP seit 1981 mit sich herumträgt.

Und jetzt noch eine weitere Enttäuschung neben vielen kleinen ordnungspolitischen Ärgernissen, die wir bisher heruntergeschluckt haben: warum stellt sich die Bundesspitze vorbehaltlos hinter Herrn Wulff als Bundespräsidentenkandidat? Was wird im Gegenzug den Liberalen mit auf den Weg gegeben?

Ein kluger Schachzug der SPD und Grünen ist die Nominierung von Gauck. Dies stellt sicherlich manche Landesverbände der FDP auf die Probe. Das Gefühl der FDP-Basis und auch einiger Landesverbände ist hier vielleicht noch nicht einmal, dass unbedingt der eine oder andere Kandidat besser sei, sondern, dass die Bundesspitze sich nicht angemessen rückgekoppelt habe.

Die fehlende Rückkoppelung mit den Mitgliedern bekommen wir hier in Berlin hart zu spüren; einige Mitglieder sind schon ausgetreten, andere warten dringend auf ein Zeichen aus der Bundesebene. Wir brauchen dieses Zeichen und zwar jetzt. Dann kann sich das Blatt auch schnell wenden. Was können wir vor Ort tun?

Wir müssen nun alles daran setzen, unseren frisch gewählten Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Christoph Meyer zu unterstützen. Denn in der Situation, in der wir uns befinden hat er es – relativ neu im Amt – doppelt schwer. Jetzt heißt es, inhaltlich zusammenstehen für ein gutes Wahlprogramm und personell hinter unserer Landesspitze stehen. Und vor allem: auch in schweren Zeiten der FDP gewogen bleiben; denn wir haben doch alle unser gemeinsames Ziel liberale Politik umzusetzen auf Bundesebene, aber auch in Berlin.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*



## Kommentar aus Mitte

# Quo vadis Bezirke?

von Peter Pawlowski

Es ist nicht einfach heutzutage ein Liberaler zu sein. Die konsequent betriebene Selbstdemontage der Bundesregierung – zumindest in diesem Punkt bleibt die Regierungskoalition standhaft – trägt Früchte; In Umfragen rutscht die FDP im Bund auf 6%, in Berlin auf 4%. Es bedarf viel Phantasie, in solchen Zeiten über die Bezirkspolitik im Wahlkampf 2011 nachzudenken. Wozu das Ganze, wenn die FDP – von dem heutigen Standpunkt ausgehend – keine Chance hat, in irgendeiner BVV vertreten zu sein?

Wer so denkt, hat kurzes Gedächtnis. In Wirklichkeit sind Spitzenwahlergebnisse für die Liberalen in Deutschland eine Ausnahme. Durststrecken hingegen eher die Regel. Und es war die Kommunalpolitik, welche die Liberalen vor dem endgültigen Verschwinden aus der politischen Bühne gerettet hat: Während die meisten Wähler in den neuen Bundesländern nach einer kurzen Hochkonjunktur der FDP auf der Bundes- und Landesebene den Rücken gekehrt hatten, blieb die liberale Partei in den Kommunen eine der stärksten Kräfte, weit vor den Grünen und gelegentlich so stark wie die „Volkspartei“-SPD. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Kommunalpolitik ist sachorientiert und bürgernahe wie keine andere. Persönlicher Einsatz und greifbare Ergebnisse sind dort wichtiger, als parteipolitisches Geplänkel. Daher lohnt es, über liberale Bezirkspolitik in Berlin nachzudenken.

Die FDP ist mittlerweile seit fast 10 Jahren in der BVV von Berlin-Mitte vertreten. Allen Rückschlägen zum Trotz, ist es uns gelungen, ein klares Profil zu entwickeln.

Die Liberalen in Mitte setzten sich für eine Stadtentwicklungspolitik, die die vernachlässigten Stadtteile aufwertet und die wirtschaftlichen Initiativen fördert. Eine gesunde Mischung aus Wohnen, Unterhaltung, Gewerbe und Wirtschaft ist unser Ziel. Ein Ziel, das wir durch unseren Einfluss auf die Gestaltung der Bauungspläne in vielen Fällen erreichen konnten. Spandauer Vorstadt, Clubszene in Alt-Mitte, Bundespressestrand, Paechbrot-Areal sind nur einige Beispiele dafür. Die Aufwertung der Turm- und der Müllerstraße, Großmarkt in der Siemensstraße, Schultheiss-Gelände, Arminius-halle, Mauerpark, Lehrtr. und Hansaviertel

stehen bereits auf unserer Agenda und werden auch in der nächsten Wahlperiode in Angriff genommen.

In der Verkehrspolitik ist die FDP die einzige Partei, die sinnlose Ausweitungen der Parkraum-



bewirtschaftung konsequent abgelehnt hat. Auch wenn die linke Mehrheit in der BVV alle unsere Initiativen torpediert hat, bleiben wir für viele Bürger, die einzig vernünftige Alternative zu der verkehrspolitischen Drangsalierung der Grünen. Diese Botschaft erfolgreich zu kommunizieren, ist eine Herausforderung in dem bevorstehenden Wahlkampf.

In der Schulpolitik setzt sich die FDP seit Jahren für Verkleinerung der Klassenfrequenzen in den öffentlichen Schulen. Keine andere Partei unterstützt so konsequent wie wir die Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft. Viele Eltern, Schüler und Lehrer wissen das zu schätzen. Mittlerweile konnten sogar feste persönliche Bindungen zwischen unserer Fraktion und einigen Schulen aufgebaut werden.

Dies sind nur einige Beispiele für unser kommunales Engagement. Wie soll es weiter gehen? Das hängt nicht zuletzt von der kommunalpolitischen Orientierung der FDP in Berlin ab.

Die Bezirke müssen gestärkt werden! – Nicht durch zusätzliche finanzielle Mittel, die gibt es nämlich nicht. Was wir brauchen, ist eine klare Festlegung der Kompetenzen der Bezirke und des Senats. Und zwar ohne Ausnahmen. Bezirke müssen das Recht haben, über ihre Budgets selbst zu verfügen. Den permanenten Eingriffen des Senats in die bezirklichen Haushalte muss ein Ende gesetzt werden. Bezirke müssen die Hoheit über ihre Personalpolitik erhalten. Tarifabschlüsse, die für Gesamtberlin gelten, müssen durchbrochen werden. Grundsätzlich muss das Prinzip gelten: rein lokale Fragen müssen auch lokal entschieden werden.

Und noch etwas brauchen wir für die nächste Wahlperiode: engagierte Kommunalpolitiker, die Interesse, Zeit und Kraft haben, die anstehenden Probleme in unserem Bezirk anzupacken. BVV ist keine leichte Kost. Sie fordert Ausdauer und viel Arbeit. Manchmal bekommt man dafür aber etwas, was die Mitglieder der Fraktionen im Abgeordnetenhaus nur selten erleben – persönliche Dankbarkeit der Bürger.

---

*Peter Pawlowski (OV Tiergarten) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte*

## Gastkommentar

# Griechenland und die Eurozone

von *Wolf Klinz*

Am 8./9. Mai hat sich der Charakter der Europäischen Union nachhaltig geändert. Die bisher eisernen Prinzipien der Souveränität der Mitgliedstaaten bei der Haushaltsbestimmung und der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wurden an diesem schicksalsträchtigen Wochenende in Frage gestellt und das Tabu des „no bailout“ gebrochen. Ein massives Hilfsprogramm von über 700 Milliarden Euro wurde erforderlich, da die Griechenlandkrise mit der Abstufung Spaniens und womöglich weiterer Euroländer zu einer veritablen Eurozonenkrise zu werden drohte. Der Druck auf den Euro hatte zu diesem Zeitpunkt dermaßen zugenommen, dass eine Entlastung nötig wurde.

Das Versprechen bei der Einführung der Gemeinschaftswährung an die Bürger kann heute nicht mehr gehalten werden. Die Entscheidung vom Mai hat den Stabilitäts- und Wachstumspakt de facto gekippt und die Tür für eine Transfer- und Rettungsunion geöffnet. Die EZB hat Leitlinien über Bord geworfen, die bisher nicht in Frage standen: keine Annahme von Ramschanleihen als Sicherheit und kein Ankauf von Staatsobligationen (egal welche Qualitätsstufen).

Im Grunde zeigt sich, dass eine einheitliche Währungs- und Geldpolitik nur dann dauerhaft möglich ist, wenn auch die Wirtschaftspolitiken mit den anderen Eurozonen-Mitgliedern abgestimmt werden. Wir brauchen nun eine neue Basis für die Europäische Union und insbesondere für die Wirtschafts- und Währungsunion:

Erstens muss die Europäische Kommission mehr Befugnisse und Rechte bekommen, um als Drehscheibe zu fungieren und nötige Sanktionen durchführen zu können.

Zweitens müssen die Mitgliedstaaten auf den Pfad der Tugend zurückgebracht werden. Hierfür wird ein überarbeitetes Regelwerk auf Basis des Stabilitäts- und Wachstumspaktes benötigt, das dem Faktor Wettbewerbsfähigkeit als neue Maßeinheit wesentlich mehr Bedeutung gibt. Die Kontrolle der Einhaltung muss verbessert und

durch harte Sanktionsmechanismen verschärft werden. Das erfordert, dass die Staaten, die gegen ihn verstoßen, bei der Einleitung eines Defizitverfahrens konkret bestraft werden. Die nicht verhandelbaren Sanktionen sollten von „Name and Shame“ über Warnung und Entzug des Stimmrechts bis zum Stopp von dem Mitgliedland zustehenden EU-Mitteln (Agrar-, Struktur- und Kohäsionsfonds) oder Strafzahlungen gehen. Umgekehrt sollte die Kommission als Hüterin der Verträge mehr Rechte erhalten, um schon bei der Formulierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten und der Budgeterstellung den Mitgliedstaaten Empfehlungen an die Hand geben zu können.

Ebenso muss die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit ein zentraler Punkt der wirtschaftspolitischen Überlegungen der Mitgliedstaaten sein. Ziel kann nicht sein, Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse nivellieren zu wollen, aber die Mitgliedsstaaten müssen akzeptieren, dass dauerhafte Lohn- und Gehaltsentwicklungen, die mit dem Produktivitätsfortschritt nicht im Einklang stehen, über kurz oder lang zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen werden.

Drittens muss die temporäre Lösung, die am Wochenende vom 8./9. Mai injiziert wurde, in einen dauerhaften Mechanismus überführt werden. Meines Erachtens muss die Euro-Zone einen dauerhaften und im Ernstfall sofort aktivierbaren Hilfsmechanismus entwickeln, der in Krisensituationen automatisch zum Tragen kommt. Ein derartiger Krisenresolutionsmechanismus ist kein Bail-Out, er bedeutet nicht, dass die Mitglieder der Eurozone, falls ein Mitgliedsstaat seine Schulden nicht mehr alleine finanzieren kann, diese mit übernehmen und dafür mit verantwortlich sind. Eine derartige Mitverantwortung ist vertraglich ausgeschlossen.

Finanzielle Unterstützung ist deshalb nicht als Schuldenübernahme, sondern als zeitlich beschränkte Kreditgewährung zu verstehen. Die Mobilisierung des internationalen Währungsfonds alleine wäre nicht zielführend.



---

*Dr. Wolf Klinz MdEP (LV Hessen) ist Vorsitzender des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS)*

Zum Thema

## EU-Richtlinie bedroht Innovationsbranchen

von *Ingo Kamps*

Das EU-Parlament hat Ende 2009 eine Änderung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Medien beschlossen, die auch die Nutzung so genannter „Cookies“ betrifft. Cookies sind kleine Textdateien, die beim Besuch bestimmter Internetseiten z. B. zur Erleichterung der Website-Bedienung auf dem Rechner des Nutzers gespeichert und mit einem Ablaufdatum versehen werden. Online-Shops speichern z.B. so den aktuellen Warenkorbinhalt, damit er dem potentiellen Käufer nicht verloren geht. Dennoch glauben einige Verbraucherschutzgruppen und das EU-Parlament, hier im Sinne des „Verbraucherschutzes“ aktiv werden zu müssen. Inhaltlich verlangt die Richtlinie, dass der Nutzer Cookies für jede Website explizit erlauben muss – und versetzt dem Instrument damit quasi den Todesstoß.

Der Grund für den angeblichen Handlungsbedarf liegt darin, dass auch die Online-Werbewirtschaft auf die Funktionen von Cookies zurückgreift, um beispielsweise Werbung passgenauer ausliefern zu können. Die Verwendung zu Werbezwecken ist für die Internetwirtschaft ein nahezu unverzichtbares Hilfsmittel geworden, zumal Werbetreibende auf die neuen Möglichkeiten bestehen. Übrigens dürfen Cookies laut Rechtslage bereits jetzt keine personenbezogenen Daten enthalten.

Was das EU-Parlament da unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes beschlossen hat, ist also nichts weiter als eine Wettbewerbsverzerrung zuungunsten von Unternehmen in Europa. Denn natürlich sind lediglich Websites der Europäischen Union betroffen, außerhalb Europas gibt es solche Überlegungen nicht. Betroffen sind überproportional Branchen, in denen die Wettbewerbsfähigkeit vor allem deutscher Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt gut ist.

Und selbst die Nutzer werden sich fragen, ob hier wirklich im Interesse ihres Verbraucherschutzes gehandelt wurde, wenn sich die Nutzung des Webs durch wiederkehrende Zustimmungsprozesse verlangsamt und der Zugang zu Websites sich verkompliziert.

---

*Ingo Kamps ist Stellv. Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt*



Zum Thema

## Gehört mieser Umgang zur Politik?

von *Hartmut Bade*

Warum regt sich in den Medien kein Protest gegen die ständigen Ungezogenheiten der Herren Gabriel, Trittin, Oppermann und anderer?



Ich halte den entgleisten Stil der politischen Auseinandersetzung für gefährlich.

Der Bundespräsident musste nicht gehen. Das sehe ich auch so. Nun aber nachzutreten statt einmal in Ruhe nachzudenken, ist ein unwürdiges Schauspiel. Horst Köhler übertriebene Sensibilität vorzuwerfen und sich kaum mit den miesen Vorwürfen und auch Unterstellungen zu befassen, mit denen er dahin getrieben wurde, ärgert und erschreckt mich.

Michael Wolfsohn schreibt in der Jüdischen Allgemeinen vom 3.6.: „In einer Demokratie muss man auch einstecken können. Das Austeilen wird jedoch immer häufiger zur nationalen, brutalen Kampagne, der viele nicht gewachsen sind. Nicht nur die Spitze unseres Staates muss erneuert werden, auch unser aller Stil!“ - Leider ein ziemlich einsamer Rufer.

SPD und Grüne übertreffen sich im Bundestag genauso wie in Interviews und Talkshows in Verbalinjurien und niveaulosen Unterstellungen. Da lässt man sich als Verfassungsfeind, Unterstützer krimineller Spekulanten usw. beschimpfen und kein Journalist kommentiert das mal kritisch.

Ja, ich nehme das persönlich. Warum auch nicht? Spitzenpolitiker sind kein Freiwild - und brave Parteisoldaten erst recht nicht.

Und wenn er in größter Respektlosigkeit mal eben einen Bundespräsidenten zur Strecke gebracht hat, darf Jürgen Trittin sich anschließend noch in jede Fernsehsendung setzen und grinsend mitteilen, die Regierung sei schuld, die den Präsidenten nicht gut genug unterstützt hätte.

Das macht mich sauer.

Und es macht mich traurig, weil diese Art der Politik sicher nicht viele der Demokratiemüden motiviert, sich wieder mehr zu beteiligen.

---

*Hartmut Bade (OV Wedding) ist Sozial- und Sportpolitischer Sprecher der FDP im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Schüler und Studierende im Blick liberaler Hochschulpolitik

*von Mirco Dragowski*

Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigt sich beim nächsten Plenum schwerpunktmäßig mit dem Thema Hochschule. Wichtige Fragen für uns sind die Verbesserung der Studienbedingungen durch eine Verbesserung der Betreuungsrelation von Lehrenden und Studierenden an den Berliner Hochschulen. Hierzu sollen Lehrleistungen aus Drittmitteln wie z.B. Stiftungsprofessuren nicht mehr bei der Berechnung der Studienkapazitäten berücksichtigt werden müssen.

Wichtig sind uns auch mehr Teilhabemöglichkeiten für Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern. Ein weiteres Ziel ist die stärkere Durchlässigkeit im Bildungssystem. An den Universitäten studieren bislang kaum Studierende ohne Abitur und mit Berufserfahrung.

Die Zahl der Studienabbrecher soll auch sinken und die Studierfähigkeit der Berliner Abiturienten steigen. Um diese Ziele zu erreichen, sollen alle Berliner Schülerinnen und Schüler rechtzeitig von einer Studienberatung und Studienfinanzierungsberatung profitieren.

Rechtzeitig heißt, dass eine Beratung im Gegensatz zum Status quo bereits vor der Kursphase erfolgt. Bei hochschuleigenen Auswahlverfahren sind teilweise Noten in Schulfächern relevante Auswahlkriterien. Studienfächer wie z.B. Politik oder Psychologie oder auch die sog. MINT-Fächer benötigen auch den Erwerb bestimmter Kenntnisse in der Schule wie z.B. Mathematik.

Falls Schüler auch inhaltlich besser auf das Studium vorbereitet sind, sinkt die Zahl der Studienabbrecher. Daher ist eine Beratung – soweit sie überhaupt erfolgt – in der Kursphase zu spät. Auch wissen viele Schüler, die eine Ausbildung anstreben, nicht, dass sie später möglicherweise auch ohne Abitur studieren können und dann ggf. einen BAföG-Anspruch haben. Daher sollen auch diese Schüler vor ihrem Schulabschluss von einer Beratung profitieren.

---

*Mirco Dragowski MdA (BV Tempelhof-Schöneberg)*

Aus der Landespartei

## Auf Grundüberzeugungen setzen und kommunizieren

*von Henner Schmidt*



Der Landesvorstand beschäftigt sich vor allem mit der aktuellen Lage der Landespartei und deren Auswirkungen auf Berlin. Durch den Glaubwürdigkeitsverlust der Bundes-FDP und den damit verbundenen Absturz in den Wahlumfragen sinkt auch der Rückhalt der FDP in den Wahlumfragen zum Abgeordnetenhaus. Letztlich hängen wir in guten und schlechten Zeiten stark vom Bundestrend ab. Trotzdem gilt es nun, das anzupacken, was wir selbst tun können, um die Lage wieder zu verbessern. Nachdem bis zur NRW-Wahl jede Kritik an der Bundesführung bewusst zurückgehalten wurde, hält es der Berliner Landesvorstand nun für notwendig, konstruktiv dazu beizutragen, Kernthemen der FDP in der Öffentlichkeit wieder deutlicher zur Geltung zu bringen. Unsere Bundesvorstandsmitglieder und Bundestagsabgeordneten werden sich in ihren Gremien dafür einsetzen, wichtige Überzeugungen der FDP nicht unter die Räder kommen zu lassen und mehr Rückrat und Durchsetzungskraft zu entwickeln. Die FDP muss jetzt mit einzelnen Sachthemen punkten, um wieder stärker zu werden.

Auf der Landesebene werden wir die Themen intensivieren, für die die FDP ganz besonders steht: Eine freiheitliche und leistungsorientierte Wirtschaftspolitik, eine vielfältige Bildungspolitik, eine solide Finanzpolitik und einen klaren Standpunkt zu Bürgerrechten. Wir haben gute Aussichten, uns damit gegenüber allen anderen in Berlin zu positionieren: Die Berliner CDU hat jeden ordnungspolitischen Kompass und den Willen zu soliden Finanzen verloren, die Berliner Grünen machen die Bürgerrechte letztlich von der Gesinnung abhängig – kürzlich forderten sie sogar, die Polizei einzusetzen, um „Gentrification“ zu verhindern. Als Berliner Landesverband können wir also durch Konzentration auf unsere Stärken punkten und tun dafür unser Bestes. Gleichzeitig werden wir im Bund die FDP ermutigen und unterstützen, stärker auf ihre Grundüberzeugungen zu setzen und diese offensiver zu kommunizieren.

---

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt)  
ist Beisitzer im Landesvorstand der FDP Berlin*



## Berichte aus Mitte

# Neuordnung der Ordnung

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Der Berliner Senat hat beschlossen, dass zum 01. Februar 2010 die Einsatzzeiten der Ordnungsämter ausgeweitet werden. Nun treten die Bezirke in die Umsetzungsphase ein.

Vorgesehen ist u.a., dass innerhalb von vier Wochen an maximal zwei Samstagen und an höchstens zwei nicht aufeinander folgenden Sonn- oder Feiertagen gearbeitet wird. Mindestens einmal in vier Wochen bleiben ein Samstag und ein Sonntag zusammenhängend frei. Ab 20 Uhr sind nun auch die Parkraumüberwachungskräfte Doppelstreifen vorgeschrieben. Eine Ausweitung der Arbeitszeit auf 24 Uhr ist grundsätzlich nur an Freitagen und Samstagen zulässig, an allen anderen Wochen-, Sonn- und Feiertagen bis 22 Uhr. Die Rahmenarbeitszeit der in der Kontrolle der Parkraumüberwachungsgebiete eingesetzten Dienstkräfte wird auf die Zeit von 6 bis 24 Uhr festgelegt, sofern es die Überwachungszeiten erfordern. Das heißt, diese Regelung gilt nur dort, wo tatsächlich Parkraumbewirtschaftung nach 22 Uhr stattfindet.

Man muss kein Experte in Sachen Ordnungsämter sein, um zu erkennen, dass die Neuregelung eine Farce ist. Bereits jetzt bleiben allein in Mitte ein Drittel der Stellen im Ordnungsamt unbesetzt. Im sog. Stellenpool gibt es nicht genügend qualifizierte und interessierte Mitarbeiter, die man einsetzen konnte. Zusätzliche Außeneinstellungen sind praktisch ausgeschlossen. Zwar bietet der Senat finanzielle Unterstützung für Neueinstellungen an, doch allen Berechnungen nach, ist das für die Bezirke kein lohnendes Geschäft. Unabhängig von den fehlenden Mitarbeitern und unzureichender finanzieller Ausstattung ist die Ausweitung der Arbeitszeit insofern obsolet, da die Grundvoraussetzung für sie, die Zustimmung der Mitarbeiter ist.

Mit anderen Worten, alles kann nur auf freiwilliger Basis stattfinden. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass wir bei dem ganzen Unternehmen mit einer Lachnummer zu tun haben. Solange der Senat sich im öffentlichen Dienst von der Ver.di-Lobby an der Nase herum führen lässt, wird die sich Qualität der von Ämtern „angebotenen“ Dienstleistungen nicht verbessern und die fleißigen Mitarbeiter ausgebeutet werden. Bei einer Arbeitslosenquote von 13,6 % ist es ein Hohn, dass der Senat eine bestimmte Bevölkerungsgruppe unter einer Käseglocke

stellt und die Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse verhindert - zum Nachteil von Berlinern und den Angestellten im öffentlichen Dienst gleichermaßen!

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363

Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## Zukunft der Charité

*Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt*

Auf unserer Veranstaltung im Mai konnten wir unseren Mitgliedern und erfreulich vielen Gästen wieder einen besonderen Leckerbissen präsentieren. Kai Gersch, MDA stellte das Konzept der Abgeordnetenhausfraktion zur Restrukturierung der Charité vor. Die anwesenden Zuhörer quittierten die Ausführungen des gesundheitspolitischen Sprechers ein ums andere Mal mit zustimmendem Nicken und auch die anschließende Diskussion zeigte sehr deutlich, dass die FDP-Fraktion auf dem richtigen Weg für die zukünftige Ausrichtung des Universitätsklinikums befindet. Die Juniveranstaltung wird in Gendarmenmarkt hingegen ganz im Zeichen der Bundespolitik stehen und findet dieses Mal ausnahmsweise erst einen Tag später (am Mittwoch, 16. Juni 2010) statt. Das Mitglied des Bundesvorstandes Alexander Pokorny wird interessierten Mitgliedern Rede und Antwort zum aktuellen Stand der Bundes-FDP stehen.

## Liberales Rechtspolitik und Gesundheitspolitik

*Nils Augustin vom OV Hackescher Markt*

Außerhalb des Turnus seiner üblichen Mitgliederversammlungen lud unser OV Hackescher Markt am 01. Juni zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Staatssekretärin Dr. Birgit Grundmann aus dem Bundesministerium der Justiz ins „Simon“. In ebenso interessantem wie vergnüglichen Gespräche gab die Reinickendorfer Juristin Einblicke in die Arbeit und Agenda des bislang wohl erfolgreichsten Ministeriums im Kabinett Merkel II. Ihrem Wunsch nach Feedback und Anregungen „von der Basis“ kamen die versammelten Mitglieder,



Interessenten und Gäste in der anschließenden Diskussion mit Leidenschaft nach. Am Ende blieb der dieser Tage besonders oft ersehnte und sehr erfreuliche Eindruck, liberale Politikgestaltung mit klarem Kompass und kühlem Durchsetzungswillen erlebt zu haben. Konkret inhaltlich blieb insbesondere die Freude darüber, wie entschlossen Schutz und Wiederherstellung einer Sphäre der Vertraulichkeit gegenüber staatlicher Überwachung in unserem Lande durch das BMJ angegangen worden waren, etwa durch die Beseitigung der Differenzierung zwischen Anwalt und Strafverteidiger mit einheitlichem und absolutem Schutz vor Ermittlungsmaßnahmen. Auch das Bekenntnis zum freien investigativen Journalismus, wo sich Journalisten künftig nicht mehr wegen Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie vertraulich zugespieltes Material veröffentlichen, traf auf besonders großen Zuspruch.

Zu der regelmäßigen Mitgliederversammlung des OV Hackescher Markt am 07. Juni, dem ersten Montag im Monat, konnten wir uns mit Henner Schmidt MdA und dem Landesvorsitzenden der Berliner Jungen Liberalen, David Issmer, über zwei prominente Gäste aus unserem Nachbarkommunionsverband Gendarmenmarkt freuen. Für die vorgesehene Diskussion zur Reform der Gesundheitspolitik und ihrer Finanzierung fiel zwar Lars Lindemann MdB als Referent kurzfristig aus, weil er an einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion teilnehmen musste; dafür wurden wir aber entschädigt, als der Co-Referent von der AOK, Stephan Feldmann, nach der Darstellung der allgemeinen Sachlage und der Positionen seines Arbeitgebers auch eine umfassende persönliche Einschätzung von Reformbedarf und Reformpotenzialen im Gesundheitswesen gab. Am Ende blieb der Eindruck, dass das Aushöhlen des Wettbewerbsprinzips in all seinen Aspekten ein zentrales Problem sei, und die verstärkte Besinnung auf dieses Prinzip Heilung versprache.

## Tiergarten im Dialog

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Schon im Wahlkampf zeigte sich, dass die FDP ein enormes Wachstumspotenzial hat, wenn es um die direkte Kommunikation mit dem Bürger geht. Viele potenzielle Wähler erfuhren erst am Wahlkampfstand oder beim Besuch durch unsere Kandidaten, was liberale Politik eigentlich ausmacht: Mehr Bürger und weniger Staat. Die

Wahrnehmung liberaler Politik und die aktuelle Berichterstattung in den Medien unterstreichen die Brisanz dieses Themas. Die FDP Tiergarten widmet sich deshalb im Rahmen ihrer konzeptionellen Vorreiterrolle einem nachhaltigen Kommunikationskonzept und analysiert dafür derzeit Umfeld- und Zielgruppen. Erich Schmid, erprobter und erfahrener Wahlkampfstrategie des OV, stellte beim politischen Brunch seine ersten Untersuchungsergebnisse vor. Erster Schritt: Die Bürger müssen zuerst proaktiv intensiv und umfassend über die politische Arbeit unserer Mandatsträger in BVV und AGH informiert werden.

Ergebnis der Diskussion: Erich Schmid wird eine Projektgruppe dazu leiten. Fortsetzung folgt.

## Burg und Herrschaft

*Claudia Bandow vom OV Wedding*

In voller Vorfreude auf die Ausstellungsorganisation zu unserem Sommer-Event „Burg und Herrschaft“ mit einem anschließendem Umtrunk im Centre Francais, wird es ein gemeinsames OV-Treffen am Freitag, den 18.06.2010 im Centre Francais in der Müllerstr. 74, 13349 Berlin geben. Auch andere Themen und die Aufnahme von Neumitgliedern steht an diesem Abend auf der Agenda.

## JuLis im Fußballfieber

*Justus Leonhardt von den JuLis Mitte*

Deutschland freut sich auf die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika, und auch wir JuLis-Mitte wollen gemeinsam unserer Nationalelf die Daumen drücken: am Sonntag, den 13. Juni werden wir zusammen das erste Spiel gegen Australien schauen. Der Ort wird je nach Wetterlage kurzfristig bekannt gegeben. Jeder ist herzlich willkommen, sich uns anzuschließen! Bei Fragen und für die Anmeldung bitte wenden an [justus.leonhardt@julis-mitt.de](mailto:justus.leonhardt@julis-mitt.de).

Auf dem Landeskongress der JuLis Berlin wurde unser Mitglied Ise Schmidt als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Nachwahlen waren notwendig, weil der langjährige, stellvertretende Landesvorsitzende Holger Sieg, ebenfalls aus Mitte, sein Amt leider zur Verfügung gestellt hat, um sich künftig stärker seinem Studium widmen zu können. Wir danken Holger sehr herzlich für seine hervorragende Arbeit und wünschen ihm für den Endspurt im Studium viel Erfolg!

## Personalien

(kvm) Am letzten Maiwochenende fanden in Hamburg der Festakt zum 20. Geburtstag und die Bundesversammlung der Liberalen Frauen statt. Den Festakt moderierte so bravourös wie immer unsere Vorreiterin der Bildungs- und Familienpolitik **Mieke Senftleben** MdB (Reinickendorf). Prominente Festgäste waren u.a MdB und Fraktionsvorsitzende **Birgit Homburger** (Baden-Württemberg), unsere Bundesministerin a.D. **Irmgard Schwaetzer** (Gendarmenmarkt), die auch souverän und gelassen wie immer die Sitzung leitete, und unsere frischgekürte Bundesverdienstkreuzträgerin **Carola von Braun** (Tempelhof-Schöneberg). Aus Berlin kamen auch die Landesvorsitzende **Frauke Jung-Lindemann**, (Charlottenburg-Wilmersdorf), Stellvertreterinnen **Petra Weckel** (OT), **Hanna El Hussein** (Tempelhof-Schöneberg) und die Landesschatzmeisterin **Susanne Manstein** (Charlottenburg-Wilmersdorf), ferner **Sylvia Maria von Stieglitz** MdB (Steglitz-Zehlendorf), **Saba Farzan** (Wedding) und FDP-Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten). Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes wählten die Liberalen Frauen zur Nachfolgerin von Mieke Senftleben als Vorsitzende die Saarländerin **Doris Buchholz**. Deren Stellvertreterinnen im neuen Vorstand sind **Eva Parbs** (Hamburg) und **Brigitte Pöpel** (Hessen) sowie **Birgit Reinemund** aus Baden-Württemberg. Die Beisitzerin aus Berlin wurde Frauke Jung-Lindemann.

(au) Am 29.05. hat der Delegiertentag der Freien Demokratischen Wohlfahrt e.V. Berlin einen neuen Vorstand gewählt, neuer Landesvorsitzender ist **Andreas Otto** (Reinickendorf).

(au) Auf dem Landeskongress der JuLis Berlin wurde im Rahmen von Nachwahlen unter anderem **Ise Schmidt** aus Mitte als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Ferner schied der langjährige Stellv. Landesvorsitzende **Holger Sieg** aus, wurde durch **Franziska Schubert** ersetzt.

(au) Sein Licht stellte **Christian Lindner** MdB und Generalsekretär der FDP nicht unter den Scheffel, als er sich am 18. Mai in der „Luise“ zu Dahlem Parteifreunden und Gästen stellte. So kurz nach der Wahl in NRW mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergaben, hatte er auch unbequeme Fragen zu beantworten. „Das ist ja wie bei einer Prüfung!“ rutschte es ihm gegen Ende der Veranstaltung heraus. „Wir sind uns unter den Anwesenden des Abends einig“, erklärt dazu die Bezirksvorsitzende von Steglitz-Zehlendorf, **Mathia Specht-Habbel**, „er hat die Prüfung glänzend bestanden.“



(au) **Burkhard Hirsch** (Foto) konnte seinen 80. Geburtstag feiern. Im Namen der Partei gratulierte der Bundesvorsitzende: „Gern nehme ich Ihren runden Geburtstag zum Anlass, Ihnen meinen großen Dank für Ihre langjährige engagierte Arbeit für die FDP und unsere gemeinsame liberale Sache auszusprechen. Während Ihres gesamten politischen Wirkens sind Sie immer konsequent für die Wahrung der Bürgerrechte und unseres Grundgesetzes eingetreten: Ab 1975 als Innenminister in Nordrhein-Westfalen, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sowie von 1994 bis 1998 als dessen Vizepräsident. Dass man die Freiheit der Bürger nicht schützen kann, indem man sie aufgibt, war stets Ihre klare Haltung. Als engagierter Humanist und Jurist mit klarem liberalem Kompass haben Sie gemeinsam mit anderen Freien Demokraten immer wieder mit großem Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht für diese Haltung gestritten. Die Urteile zum Großen Lauschangriff, zum Luftsicherheitsgesetz und zur Vorratsdatenspeicherung waren nie angenehm für die Regierenden – aber sie waren wichtig für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Auch wenn Sie sich 1998 aus der aktiven parlamentarischen Arbeit zurückgezogen haben, werden Sie bis heute als mahnende Stimme der Freiheit über die Parteigrenzen hinweg gehört und anerkannt. Darauf können Sie stolz sein und wir Freie Demokraten sind stolz, Sie als Parteifreund mit Rat und Tat an unserer Seite zu wissen.“

(au) Einen runden Geburtstag feierte auch der Vorsitzende unseres Nachbar-Landesverbandes Brandenburg, **Heinz Lanfermann** MdB. Er ist allerdings noch jung, wurde gerade erst 60.

(au) Einen Eindruck von der Lage in Palästina konnten sich jüngst unser BVV-Fraktionsvorsitzender **Peter Pawlowski** (Tiergarten), **Nikoline Hansen** (Kreuzberg-Friedrichshain) und andere bei einer von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft organisierten Reise ins Heilige Land machen. Auf dem Programm vor allem politische Diskussionen, aber auch Besichtigungen – und während des Besuchs im Hadassah-Krankenhaus, das 2005 für den Friedensnobelpreis nominiert war und sich als Brückenschlag zwischen den Nationen versteht, wurden sie Zeuge, wie fünf Schwerverletzte auf die Intensivstation gebracht wurden. Es handelte sich um einige der „Aktivisten für Frieden und humanitäre Hilfe“ von der Flotilla vor Gaza, die den Überlebenswillen der jüdischen Nation unterschätzt hatten.

## Leserbriefe

### *Martin Reeckmann (OV Tiergarten)*

Der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg hat entschieden, dass ein 16-jähriger muslimischer Schüler des Diesterweg-Gymnasiums in Berlin nicht berechtigt ist, das islamische rituelle Mittagsgebet während der Schulpause auf dem Schulgelände zu verrichten. Er hat damit ein anderslautendes Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin geändert und der Berufung des Landes Berlin stattgegeben. --- Die Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg ist richtig. Falsch liegt dagegen Mieke Senftleben mit ihrer Kritik an dem Urteil, denn es kann nicht angehen, dass die Ausübung religiöser Praktiken in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen geduldet werden soll, zumal deren gleichzeitige Nutzung anderen Grundrechtsträgern durch Schulpflicht vorgeschrieben ist.

### *Peter Lundkowski (OV Wedding)*

Sehr geehrter Herr Meyer ... wir müssen – wenn wir in Berlin zukünftig eine politische Rolle spielen wollen – unsere politischen Schwerpunkte neu überdenken und wieder deutlicher sozial-liberale Inhalte aufgreifen: Sozialpolitik bzw. soziale Gerechtigkeit, Seniorenpolitik, Bürgerrechte sollten stärker im Vordergrund stehen. Wir sollten uns wieder an die sozialliberalen Freiburger Thesen erinnern und den Staat als Instrument des Gemeinwohls verstehen. Die gerechte Beteiligung aller an den Ertragssteigerungen der Wirtschaft und am Vermögenszuwachs der Gesellschaft ist zugleich eine Gerechtigkeits- und auch eine Freiheitsfrage. ... In tiefer Sorge um das liberale Profil der Berliner FDP, die in der Vergangenheit stets erkennbar sozial-liberal ausgerichtet war, verbleibe ich mit vielen Grüßen.

### *Hartmut Bade (OV Wedding)*

Lieber Herr Augustin, Berlin-Mitte ist der fünfte Kreis- bzw. Bezirksverband in dem ich aktiv mitwirke. Ein solch gutes und v.a. so häufig erscheinendes Mitgliedermagazin ist mir noch nie begegnet. Das motiviert.

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Auf geht's – Schwarz-gelb**

#### *von Ingo Kamps*

Es ist müßig immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir uns nach 11 Jahren Opposition mehr von der Rückkehr an die Regierung versprochen haben. Viele Mitglieder werden den Unmut der Bürger in ihrem privaten Freundeskreis am eigenen Leib erlebt haben.

Das zentrale Thema Steuerreform liegt trotz weiterhin vorhandener Aktualität auf Eis, selbst bereits beschlossene Steuersenkungen müssen schon nach wenigen Monaten wieder auf den Prüfstand. Die Gesundheitsprämie scheint ganz vom Tisch zu sein (obwohl sie ihren Ursprung ja eigentlich im CDU-Wahlprogramm hatte) und auf große Impulse aus dem Wirtschaftsministerium wartet man bis heute leider vergeblich.

Die Außenpolitik in Zeiten der Eurokrise war höchstens suboptimal, auch die groß angekündigte Außen- und Entwicklungshilfepolitik aus einem Guss ist mit Ausnahme einer gemeinsamen Afrikareise nicht erkennbar.

Zu allem Überflus ist nun auch Bundespräsident Horst Köhler zurückgetreten, dessen damalige Wahl viele Beobachter als schwarz-gelbes Aufbruchssignal gedeutet hatten.

Man muss sich nichts vormachen – das erste halbe Jahr der schwarz-gelben Koalition wird nicht mehr als Erfolgsgeschichte in die Annalen eingehen. Umso wichtiger wird es nun, endlich wieder in die Vorhand zu kommen und das erste halbe Jahr vergessen zu machen. Vor unserem Land liegen gewaltige Herausforderungen, denen es mit Klugheit und Weitsicht zu begegnen gilt:

Die Eurokrise mit ihrer Inflations- oder Deflationsgefahr, eine zukunftssichere und umweltschonende Energieversorgung, die Frage eines atomaren Endlagers, die Kostenexplosionen im Gesundheitswesen, die gigantische Staatsverschuldung, Bürgerrechte in Zeiten von Facebook & Co., das ineffiziente Nebeneinander in der Entwicklungshilfe, die demographische Entwicklung mit immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Pflegebedürftigen oder das schleichende Auseinanderdriften von Interessen der europäischen Staaten...

Es gibt immer noch unzählige Felder, auf denen der Vertrauensvorsprung der Bürger gerechtfertigt werden kann. Es wird allerdings Zeit für einen Treffer.

## Termine

### **Juni 2010**

- 09.06 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), Raum 505
- 09.06 20.00h Liberale Frauen Berlin: **Treffen „femmes libérales“** im Simon (Auguststr. 53)
- 10.06 19.30h BV Mitte & LFA Innen und Recht: **Diskussionsveranstaltung** „Gewalt an Kindern - Was kann die Politik dagegen tun?“ – mit StS Dr. Birgit Grundmann, Mieke Senftleben Mda, Patricia Wolf – im AGH (Niederkirchnerstr. 5), s. Display
- 12./13.06. JuLis Berlin & LAK Liberale Schwule und Lesben: **Infostand** auf dem Motzstraßenfest – mit Michael Kauch MdB, Jan Mücke MdB, Alexandra Thein MdEP, Christine Aschenberg-Dugnus MdB, Mirco Dragowski Mda, Sebastian Czaja Mda, Emil Kirjas, Christian Platzer – Info unter [www.regenbogenfonds.de](http://www.regenbogenfonds.de)
- 16.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsrunde** zur Situation und Positionierung der FDP – mit Alexander Pokorny – im AGH (Niederkirchnerstr. 5), Raum 320
- 16.06 20.00h OV Wedding: **Treffen** im Centre Francais (Müllerstr. 74)
- 19.06 12.30h JuLis Berlin: **Umzugswagen** auf der Christopher Street Day Parade – Joachimsthaler Str. Ecke Kurfürstendamm – Info und Anmeldung [katrinwollschlaeger@web.de](mailto:katrinwollschlaeger@web.de), [lukas.karnasch@julius-berlin.de](mailto:lukas.karnasch@julius-berlin.de)
- 21.06 19.30h Liberale Frauen Berlin: **Präsentation und Diskussion** der „Brigitte“-Studie „Frauen auf dem Sprung“ – mit Prof. Jutta Allmendinger, Andreas Lebert, Christoph Meyer Mda, Mieke Senftleben Mda – im AGH (Niederkirchnerstr. 5), Raum 311
- 27.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

### **Juli 2010**

- 05.07 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – mit Nachwahlen zum Ortsverbandsvorstand – anschließend Diskussionsveranstaltung zum Thema „Lobbyismus“ mit Dr. Wolf-Dieter Zumpfort – im Simon (Auguststr. 53)
- 06.07 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 10./11.07. FNF: **Wochenendseminar** „Globalisierte Politik und ihre Bedeutung für Berlin“ – mit Kay Ehrhardt, Christoph Meyer Mda, Henner Schmidt Mda u.a. – in der Reinhardtstr. 12 – Info und Anmeldung [Martin.Hoeck@freiheit.org](mailto:Martin.Hoeck@freiheit.org)
- 13.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr./Jägerstr)
- 25.07 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).